

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Dr. Malte Kaufmann, Tobias
Matthias Peterka, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/7358 –**

**Deutsche entwicklungspolitische Investitionen im Rahmen der
Global-Gateway-Initiative zum Wohle Afrikas und der deutschen
Wirtschaft vorrangig auf wirtschaftliche Zusammenarbeit ausrichten**

A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass viele Nationen, wie China, Russland, mehrere Golfstaaten, die Vereinigten Staaten von Amerika, Brasilien und die Türkei, trotz damit verbundener Hürden und Herausforderungen erkannt hätten, dass Afrika der Zukunftskontinent sei. Der Kontinent verfüge über einen immensen Rohstoffreichtum, er verzeichne das höchste Wirtschaftswachstum und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der afrikanischen Länder wachse seit 2000 im Schnitt um 5 Prozent pro Jahr.

Die Europäische Union (EU) hätte beschlossen, die Hälfte der Mittel für die Global-Gateway-Initiative (GGI) direkt in Afrika zu investieren und dementsprechend sei beim EU-Afrika-Gipfel im Februar 2022 ein Investitionspaket für Afrika, das über sieben Jahre ein Volumen von 150 Milliarden (Mrd.) Euro erreichen solle, beschlossen worden. Vorrangig solle damit der Verkehrssektor gefördert werden, um so die Schaffung von Lieferketten, Arbeitsplätzen und Dienstleistungen zu ermöglichen. Multimodale Transportnetze in der EU und in Afrika würden dazu führen, dass die Wirtschaft in beiden Regionen davon profitieren werde.

Nach Auffassung der Antragsteller werde die GGI aufgrund strategischer Mängel allerdings scheitern: So seien die nötigen entwicklungspolitischen Steuerungs-, Koordinierungs- und Kontrollkapazitäten der EU nicht gegeben. Es sei zudem fraglich, ob die strategischen Ziele der EU und Deutschlands mit nationalen, regionalen sowie kontinentalen Interessen der afrikanischen Staaten im Einklang zu bringen seien. Die im Energiesektor ideologisch begründeten Zielvorgaben kollidierten darüber hinaus mit strategischen energiepolitischen Entscheidungen der afrikanischen Staaten. Die EU unterschätze zudem den hegemonialen geopolitischen und wirtschaftlichen Einfluss Chinas in manchen afrikanischen Regionen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/7358 abzulehnen.

Berlin, den 27. September 2023

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Amt. Vorsitzender

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Paul Ziemiak
Berichterstatter

Karoline Otte
Berichterstatterin

Knut Gerschau
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Cornelia Möhring
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Karamba Diaby, Paul Ziemiak, Karoline Otte, Knut Gerschau, Dietmar Friedhoff und Cornelia Möhring

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/7358** in seiner 112. Sitzung am 22. Juni 2023 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, sicherzustellen, dass in Deutschland produzierende Unternehmen an den Projekten der GGGI berücksichtigt würden.

Die Antragsteller fordern, dass bei der Konzeptionsphase alle Maßnahmen und Vorkehrungen zur erfolgreichen Steuerung, Koordinierung und Kontrolle der Projekte getroffen würden.

Weiter wird die Bundesregierung aufgefordert, eine realistische Bewertung einer bestehenden wirtschaftlichen und geopolitischen Dominanz Chinas in der ostafrikanischen Region vorzunehmen und sich gegebenenfalls stärker auf Westafrika zu konzentrieren.

Die Antragsteller fordern schließlich, deutsche Rohstoffinteressen in Afrika klar zu formulieren und grundsätzlich von ideologisch begründeten Zielvorgaben bei Energieversorgungsprojekten abzuweichen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7358 in seiner 46. Sitzung am 27. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7358 in seiner 53. Sitzung am 27. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Verkehrsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7358 in seiner 53. Sitzung am 27. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7358 in seiner 49. Sitzung am 27. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7358 in seiner 46. Sitzung am 27. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7358 in seiner 77. Sitzung am 27. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 42. Sitzung am 27. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** eröffnet, dass der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) bedauerlicherweise im Plenum nicht stattfinde und auch die Bundesministerin sei inaktiv. Dabei befinde sich die Welt im Wandel. Die deutsche Bau- und Autoindustrie schalteten auf Alarmstufe Rot, und Deutschland gehe im wahrsten Sinne des Wortes „ampeltechnisch den Bach runter“. Man brauche dringend Investitionen in die Zukunft. Das Europaparlament (EP) habe die GGI beschlossen, aber leider würden keine Gelder abfließen. Von den veranschlagten 300 Mrd. Euro seien derzeit erst 200 Millionen Euro abgeflossen. Insgesamt solle die Hälfte, also 150 Mrd. Euro, auf den afrikanischen Kontinent gehen. Es wäre somit sinnvoll, der Nationalen Sicherheitsstrategie gerecht zu werden, denn es gehe um Rohstoffe, und diese Investitionen tätigen würde. Da Initiativen des EP in der Regel nicht funktionierten, wolle man die Aktivitäten auf die nationale Ebene zurückholen, damit große Investitionen zum Wohle der deutschen Industrie und vor allen Dingen zum Wohle der Partnerländer stattfinden könnten. Die Seidenstraßeninitiative der Chinesen mache deutlich, dass Europa sofort aktiv werden müsse, um deren Einfluss noch zu drehen. Deswegen bitte die Fraktion der AfD um Zustimmung zu diesem Antrag. Man müsse die GGI zum Wohle Afrikas mit seinen 54 Ländern zum Erfolg bringen, um ein Gegengewicht zu schaffen. Es gehe um Investitionen in Energie, auch in Windparks, es gehe um Infrastruktur, um Häfen und Straßen, und es gehe darum, Rohstoffe menschlich, gerecht und klimavernünftig an die Küsten und letztendlich nach Europa zu bringen.

Die **Fraktion der SPD** entgegnet, dass die Fraktion der AfD regelmäßig in ihren Anträgen angeblich ideologische Projekte der Außen- und Entwicklungspolitik anprangere; dazu verwende sie viele Schlagworte. Die Realität sehe anders aus, denn die Partnerländer, insbesondere diejenigen in Westafrika, würden ihre eigene Strategie für das zukünftige Wachstum entwickeln. Deutschland und die EU mit der GGI könnten bei der dann folgenden Umsetzung unterstützen. Dazu gebe es die Regierungsverhandlungen mit den Partnerländern. Die Fraktion der SPD sehe die afrikanischen Staaten, und dazu gehöre auch die Demokratische Republik Kongo, keineswegs nur als Rohstoff- und Absatzmärkte oder als geopolitische Spielbälle in Konkurrenz mit China. Man unterstütze ausdrücklich und explizit Knowhow-Transfers oder Finanzierungen, wenn diese gefragt wären. Die Projekte fänden in Kooperation mit den Ländern und am besten unter Einbeziehung lokaler industrieller Unternehmen statt. Da dieses alles bereits passiere, sei der Antrag überflüssig, und die Fraktion der SPD lehne ihn ab.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass man diesen Antrag nicht nur aufgrund der grundsätzlichen Überzeugung ablehne, sondern es gebe konkrete Punkte. So würden Selbstverständlichkeiten formuliert, wie die Tatsache, dass die EU Ziele haben und Deutschland Interessen verfolgen solle, die im Rahmen der verschiedenen Projekte berücksichtigt werden sollten; das sei bei rechtstaatlichen Verfahren üblich. Gleichzeitig widerspreche sich der Antrag. Es werde gesagt, dass bei Fragen von Nachhaltigkeit und Klima in Deutschland eine Energiegewinnung mit PV-Anlagen wenig Sinn mache; das sollte man anderen Regionen überlassen. Gleichzeitig werde gefordert, Afrika nicht zu einem Versuchslabor für Erneuerbare Energien (EE) werden zu lassen. Fakt sei, dass afrikanische Staaten fossile Energiestoffe nutzten. Das geschehe nicht, weil es staatlich gewollt sei, sondern weil fossile Energie zur Verfügung stehe und bezahlbar sei. Wenn aktuell in Afrika neue Strukturen mit Hilfe neuer Projekte geschaffen würden, dann könne der afrikanische Kontinent zu einem guten Beispiel dafür werden, wie man neue Wirtschaften aufbauen und innovative Technologien nutzen könne. Gerade mit den Partnerschaften auf dem afrikanischen Kontinent sei vieles möglich, was in Europa nicht mehr möglich wäre, weil sich eine andere Industriestruktur entwickelt habe, wozu man grundlastfähige Energie brauche.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hebt hervor, dass der Antrag darüber hinaus Punkte benenne, die unsinnig seien. GGI berücksichtige bereits jetzt Privatinteressen und habe einen Fokus auf private Investitionen. Man wolle Unternehmen für Projekte gewinnen, und dazu brauche es Regeln. Die Projekte würden durch ein Board geprüft, man könne höchstens den Beschwerdemechanismen und die Standards zur Beteiligung der Zivilgesellschaft vor Ort verbessern. Menschenrechtsbasierte und feministische Ansätze in der deutschen EZ seien auch deshalb wichtig, weil die Angebote dadurch attraktiver würden; im Übrigen sei das das Kerninteresse der

wertebasierten deutschen EZ. Der Antrag zeige, dass die Fraktion der AfD in die entgegengesetzte Richtung gehe, und deshalb lehne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihn ab.

Die **Fraktion der FDP** führt aus, dass der Antrag deutlich mache, dass die Fraktion der AfD das Prinzip und den politischen Hintergrund der GGI nicht verstanden habe, Die GGI verstehe sich ausdrücklich als Alternative zum chinesischen Einfluss in Afrika, der darauf beruhe, afrikanische Staaten um ihre Rohstoffe zu bringen, sie in eine Schuldenfalle zu treiben, und nebenbei wolle China noch das geopolitische Wohlwollen erlangen. Dagegen setze die EU auf Investitionen, die auf Demokratie und Menschenrechten basierten, auf eine faire internationale Vernetzung mit den afrikanischen Partnern und auf eine Einbindung aller Beteiligten, wie Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Entwicklungsbanken und selbstverständlich die Privatwirtschaft in Afrika und in Europa. Dabei sei ein Schwerpunkt grüne Umwelttechnik, denn die Auswirkungen des Klimawandels auf den afrikanischen Kontinent seien dramatisch. Deshalb wolle man die Partner bei einer Just Energy Transition (JET) und beim Aufbau von EE unterstützen. GGI stehe auch für eine Energiewende und den Klimaschutz. In dem vorliegenden Antrag werde auf EE und sauberen Wasserstoff geschimpft, und die Fraktion der AfD spreche von sogenannten klimapolitischen Maßnahmen und Projekten, die klimareligiös ausgerichtet seien. Es sei nicht im Interesse Afrikas, wenn dort umfassend fossile Energien gefördert und deutsche Rohstoffinteressen in den Vordergrund gestellt würden. Wenn man über Rohstoffe im Kongo spreche, die für Deutschland unverzichtbar wären, dann gehe es nicht mehr um Zusammenarbeit, sondern um Hegemonie und die Sicherung von Rohstoffen nach chinesischem Modell. Im Übrigen verfüge das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über vielfältige Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor. Natürlich wisse die Bundesregierung um den Einfluss Chinas, und man wolle dem ein anderes Modell entgegensetzen. Dabei werde man nicht, wie in dem Antrag vorgeschlagen, Ostafrika aufgeben und sich auf Westafrika konzentrieren, denn Deutschland seien alle Staaten in Afrika wichtig. Die Fraktion der FDP lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion DIE LINKE.** ist bei der Antragsberatung nicht anwesend.

Berlin, den 27. September 2023

Karamba Diaby
Berichtersteller

Paul Ziemiak
Berichtersteller

Karoline Otte
Berichterstatlerin

Knut Gerschau
Berichtersteller

Dietmar Friedhoff
Berichtersteller

Cornelia Möhring
Berichterstatlerin

